

# Getrübbte Freude

## Handwerker klagen über Benachteiligungen bei öffentlichen Aufträgen

VON SYBILLE NETH

STUTT GART. Das heimische Handwerk ist mit einem Umsatzplus von 6,8 Prozent im vergangenen Jahr auf gutem Wachstumskurs. Und für das laufende Jahr hat der Handwerkstag seine Prognose nach oben korrigiert. Mittlerweile erwarten die Verbandsexperten ein Wachstum um die drei Prozent. Bisher waren lediglich 1,5 Prozent angepeilt. Dabei könnte die Auftragslage für die 128 000 Betriebe im Land noch weit besser sein. Ein Wermutstropfen trübt die Freude des Präsidenten des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT): Die derzeitige Ausschreibungspraxis für öffentliche Bauvorhaben ist Joachim Möhrle ein Dorn im Auge. Bei der Vergabe würden die Handwerker aus dem Land immer häufiger von Mitbietern aus anderen Bundesländern oder dem Ausland mit niedrigeren Lohnkosten aus dem Rennen geworfen, kritisiert er. So seien die regionalen Handwerksbetriebe oftmals nicht nur von EU-weiten Projekten ausgeschlossen, sondern mittlerweile auch von kleinsten öffentlichen Aufträgen im Land.

Grund dafür seien nach Ansicht Möhrles die in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr geringen Kostengrenzen. Während in Bayern erst ab einem Volumen von 150 000 Euro für Gewerke am Bau einer Schule oder eines Rathauses ausgeschrieben werden muss, müssen dies Kommunen in Baden-Württemberg bereits bei einem Betrag von 20 000 Euro tun. Im Tiefbau ist die Spanne noch größer: Während hierzulande die Grenze bei 35 000 Euro liegt, wird in Bayern erst bei einer Auftragssumme von 300 000 Euro ausgeschrieben.

Der BWHT fordert seit zwei Jahren die Angleichung der Wertgrenzen auf bayerisches Niveau, bisher ohne Erfolg. Dadurch solle das örtliche Handwerk wieder mehr Chancen haben, an öffentlichen Aufträgen beteiligt zu werden. Denn, so Möhrle, gegen die Konkurrenz der Großen, die Mitbieter mit geringeren Lohnkosten aus anderen Bundesländern oder dem Ausland, habe das heimische Handwerk keine Chance. So beträgt der Mindest-

lohn im Baugewerbe in den neuen Bundesländern 7,80 Euro. Lediglich 20 Prozent der Betriebe dort sind an den Tarif gebunden. In Baden-Württemberg dagegen liegt der Mindestlohn zwischen 17 und 18 Euro. „Hier ist man damit mehr als doppelt so teuer“, klagt Möhrle.

Karl Braun, der in Haiterbach bei Nagold einen Betrieb für den Innenausbau führt, ärgert sich aber noch über eine andere Entwicklung, die seit dem Bauboom der 90er-Jahre zu beobachten sei: Auf bundesweite Ausschreibungen würden sich häufig so genannte Briefkastenfirmen bewerben, sagt er. „Die bieten ein preisgünstiges Angebot und vergeben den Auftrag dann an Subunternehmer, die zu Dumpinglöhnen arbeiten, aber oft mangelhafte Qualität liefern.“ „Die Kommunen sollten daher die Möglichkeit bekommen „im Vorfeld sechs oder sieben Betriebe auszusuchen und dann zu wählen“, schlägt der Handwerksmeister vor. Mit Hoflieferantentum und Vetternwirtschaft, habe das nichts zu tun. Darüber sollten verstärkt Aufsichtsbehörden wachen. In Luxemburg etwa, wo Braun auch schon Aufträge hatte, werde streng kontrolliert – auch darüber, dass etwaige Scheinfirmen erst gar nicht unter die Bewerber kämen.

Braun, dessen Betrieb fast ausschließlich von öffentlichen Aufträgen lebt, hat seit dem Jahr 2000 die Hälfte seines Umsatzes von damals jährlich zehn auf jetzt fünf Millionen Euro eingebüßt. Auch die Mitarbeiterzahl halbierte sich seither von 60 auf heute 30. Doch die Wende ist aufgrund der guten Konjunktur in Sicht. Zurzeit liegt er mit vollen Auftragsbüchern im Trend der Baubranche: „Viele Sanierungsarbeiten, die die Kommunen bisher auf die lange Bank geschoben hatten, werden jetzt ausgeführt“, sagt er.

Manfred Fischer, Referent für öffentliches Auftragswesen im Stuttgarter Wirtschaftsministerium, kann die Klagen über eine Benachteiligung des heimischen Handwerks bei öffentlichen Aufträgen nicht nachvollziehen. Aus der Statistik der staatlichen Hochbauverwaltung gehe hervor, dass in den vergangenen Jahren 75 Prozent der Aufträge an Firmen aus dem Land gegangen seien. Von den restlichen 25 Prozent sei gerade einmal ein Drittel in die neuen Bundesländer geflossen. „Wenn vor je-

der Auftragsvergabe die Stadttore geschlossen werden, kommt keiner mehr rein, aber es kommt auch keiner mehr raus“, so Fischer. Dies wäre für manche Firma aus Baden-Württemberg fatal, die auf Aufträge außer Landes angewiesen ist. „Denn auch hierzulande gibt es strukturschwache Gebiete.“

Bisher machen öffentliche Bauaufträge beim Handwerk 37 Prozent am Volumen aus. Bauvorhaben würden Losweise ausgeschrieben, so dass der einzelne Auftragswert so gering sei, dass sich dafür ohnehin keine Großfirmen interessierten, resümiert Fischer. Dass dies jedoch nicht immer so ist, zeigte die Klage der großen Stuttgarter Bauinnung. Nicht einer ihrer Betriebe wurde am Bau der neuen Landesmesse auf den Fildern beteiligt. Dort, so der Hauptgeschäftsführer des BWHT, Hartmut Richter, seien aus logistischen Gründen nur zwei Lose ausgeschrieben worden. Handwerkspräsident Möhrle sieht in der starren Haltung der Landesregierung, die Wertgrenzen auf dem Status quo zu belassen, eine Art vorseilenden Gehorsam gegenüber Brüssel. Denn von dort werde sicher irgendwann eine entsprechende EU-Richtlinie ausgehen. Wirtschaftsminister Ernst Pfister hat inzwischen Möhrles Kritik zurückgewiesen. Er empfiehlt dem mittelständischen Handwerk bei öffentlichen Ausschreibungen zu kooperieren, um die eigenen Chancen zu erhöhen. Ein Leitfaden hierzu sei in Arbeit.

Indessen könnte ein weiteres Wachstumsfeld, ausgelöst durch neue politische Vorgaben, den Handwerkern im Land bald einige zusätzliche Aufträge bescheren. „Mittlerweile haben sich viele Handwerker im Land mit der Energieberatung ein zweites Standbein geschaffen“, berichtet Möhrle: 1800 von ihnen haben sich zu Gebäudeenergieberatern weiterbilden lassen, denn ab 2008 wird beim Verkauf und bei der Vermietung von Häusern und Wohnungen ein Energieausweis für das jeweilige Objekt Pflicht. Schon heute führt jede dritte Beratung zu Folgeaufträgen. Dies könnte dazu beitragen, dass das Handwerk mit seinen rund 750 000 Beschäftigten den Trend zum Arbeitsplatzabbau der vergangenen Jahre wieder umkehren könnte. Laut Handwerkspräsident sei dieses Jahr mit einer Zunahme von 7500 Beschäftigten zu rechnen.